



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/69

22. März 1950

## Adenauers Vorschläge

.....

sp. Nach einer kurzen Periode aussenpolitischer Selbstbe-  
scheidung und eines erfreulichen Entgegenkommens an Wünsche des  
Parlamentes, rechtzeitig unterrichtet zu werden, ist der Bundes-  
kanzler seit kurzem wieder zu der ihm vertrauteren, betont selbstän-  
digen Handlungsweise zurückgekehrt. Das geschah, obwohl es sich bei  
der Frage einer möglichst weitgehenden deutsch-französischen Zusam-  
menarbeit bis zur Form einer Union unbestritten um ein überarra-  
gend wichtiges politisches Problem handelt.

Das gerade ist das Bedenkliche: In einer Frage von elemen-  
tarer europäischer Bedeutung und gleichzeitig von äusserst diffi-  
zilem Charakter ist hier mit einigen schnellen Griffen eines nach  
seiner eigenen Meinung sicher genialen Improvisators der staunen-  
den Welt eine Patentlösung vorgezaubert worden, die der Zauberer  
selbst schlicht, aber sehr selbstbewusst "kühn" nennt.

Die kritischen Stimmen gegen die Vorschläge des Bundeskanz-  
lers wenden sich keineswegs gegen den Grundgedanken seiner Kon-  
zeption. Die Förderung eines möglichst engen deutsch-französi-  
schen Zusammenlebens ist aus dem Kreis der unmittelbar wie der  
mittelbar Beteiligten so oft erhoben worden, dass sie heute einen  
Gemeinplatz darstellt. Aber deshalb kommt alles auf den Weg zur  
Erreichung des Zieles an, und seine Wahl ist gewiss keine zweit-  
rangige Frage. Durch ein falsches und ungeschicktes Anfassen der  
höchst empfindlichen Materie, auch nur in einem wesentlichen  
Punkt, muss die ganze mühsam erreichte prinzipielle Bereitschaft

aufs schwerste leiden.

Zunächst erscheint die Wahl einer amerikanischen Agentur, die in Frankreich kaum Bezieher hat, als Mittler eines so weit reichenden

Planes wenig glücklich. Das ist auch von französischer Seite unmißverständlich gesagt worden. Wenn trotzdem das französische Echo

günstiger ist als nach den beiden ersten Äusserungen des Bundeskanzlers, so liegt das wohl hauptsächlich daran, dass Adenauer diesmal

das Saarproblem unerwähnt liess. Die Frage liegt nahe, ob darin ein Verzicht zu sehen ist. Besonders auffallend aber sind in der Be-

gründung Adenauers die Hinweise auf die mangelnde Wahrscheinlichkeit eines vorbehaltlosen amerikanischen Eintretens für Europa im

Falle eines russischen Angriffs und auf die Schwäche der westeuropäischen Position schlechthin. Natürlich hat der Bundeskanzler sehr

bewusst darauf aufmerksam gemacht, um die Verwirklichung seines Projektes besonders notwendig erscheinen zu lassen. Aber angesichts

der unverkennbaren, riesigen Schwierigkeiten bei der Realisierung eines solchen Union-Planes ist es natürlich gefährlich, auf der

einen Seite mit voller Absicht entmutigende Wirkungen zu erzielen, aber andererseits keine irgendwie geartete Sicherheit für eine leid-

lich schnelle Effektuierung des Union-Planes als Ausgleich geben zu können. Und das kann der Bundeskanzler weniger als irgend ein anderer

europäischer Politiker in verantwortlicher Stellung.

Wie gesagt: der Gedanke eines deutsch-französischen Zusammenschlusses ist von Zeit zu Zeit immer wieder aufgetaucht, vor allem,

wenn es um den noch grösseren Gedanken einer europäischen Einigung ging. Aber beide Ideen dürfen nicht über Gebühr stropaziert werden,

wenn sie die nötige Anziehungskraft und einigen Glanz behalten sollen. Ihre Verwirklichung muss deshalb unter psychologischen Voraussetzungen

gen und in Formen erstrebt werden, die ein Minimum an Einwänden zulassen. Das ist bei den Vorschlägen des Bundeskanzlers umsoweniger

der Fall, als sie in Form einer mehr oder weniger isolierten persönlichen Aktion und ohne die notwendige vorherige Abstimmung mit den parlamentarischen Faktoren erfolgten.

## Die finnische Lösung

KHK, Helsinki

Nach der Wiederwahl des Staatspräsidenten Paasikivi hat die sozialdemokratische Minderheitsregierung Fagerholm, den Bestimmungen der Verfassung entsprechend, ihren Rücktritt erklärt. Es war der verständliche Wunsch des Präsidenten, die neue Regierung auf breitestmöglicher Grundlage gebildet zu sehen, die Bildung einer Koalition von den kommunistischen Volksdemokraten bis zu den Konservativen mit Agrariern und Sozialdemokraten. Aber das Ergebnis aller dieser Bemühungen war dann doch die Minderheitsregierung Dr. Kekkonen, die sich im Parlament auf 56 Agrarier, 14 schwedische Volksparteiler und 5 Fortschrittsparteiler (Liberale), also auf 75 von 200 Mandaten stützt. Die Opposition, bestehend aus 55 Sozialdemokraten, 37 Volksdemokraten und 33 Konservativen, verfügt also zusammen über 125 Mandate.

Es war von vornherein klar, daß die Sozialdemokraten keine grosse Sehnsucht darnach hatten, auch in der neuen Regierung die Hauptverantwortung zu tragen. Sie haben während der letzten zwei Jahre als Minderheitsregierung das Ihre getan. Vor allem aber wollten sie sich nicht durch ein Zusammengehen mit den Volksdemokraten kompromittieren, die von Fagerholm während der Verhandlungen über die Regierungsneubildung in einer grossen Rede unzweideutig des offenen Landesverrats bezichtigt wurden. Vor seinem Abgang hat Fagerholm noch veranlasst, dass zum Zwecke der genauen Beantwortung der russischen Note über die "Auslieferung von Kriegsverbrechern" der ehemalige volksdemokratische Ministerpräsident Pekkala befragt wurde, der in der kritischen Zeit zwar die Verantwortung für die Auslieferungen hatte, dessen Partei aber nichtsdestoweniger die nachfolgende Regierung für die angeblichen Unterlassungen verantwortlich zu machen versuchte. Der klare, moralisch

unbestechliche Fagerholm und die Agenten Koskaus - das war von vornherein eine undenkbare Kombination. Vielleicht hat auch Präsident Paasikivi nicht im Ernst an ihre Möglichkeit geglaubt.

Die bürgerliche Minderheitsregierung Kekkonen steht vor sorgenvollen Aufgaben. Wenn das bestehende Mietengesetz nicht geändert wird, werden die Mietzinse schon in der nächsten Zeit um 75% erhöht werden. Dadurch würde die Unruhe, die in der Lohnfrage schon seit langem herrscht, noch vermehrt werden. Die Landarbeiter warten noch immer auf die ihnen unter der sozialdemokratischen Regierung vom Parlament zugewilligten Lohnerhöhungen, deren Auszahlung die landwirtschaftlichen Unternehmer bisher verweigerten. Die Unternehmer verlangen, dass zuerst Preiserhöhungen durchgeführt werden. Kekkonen wird es schwer haben, sich durch das Gestrüpp der Lohn- und Preispolitik hindurchzufinden.

Von sozialdemokratischer Seite verlautet, man sei überrascht gewesen davon, dass Kekkonen die Antwort der Sozialdemokraten auf Mitwirkung in der neuen Regierung als klares Nein gedeutet hat. Die Sozialdemokraten waren bereit, die Verhandlungen fortzusetzen; sie sind jedoch froh darüber, nun nicht der Belastung ausgesetzt zu sein, die das Zusammengehen mit den bürgerlichen Gruppen für sie bedeutet hätte. Die Kommunisten sind wütend darüber, dass die Sozialdemokratie nicht der Regierung angehört, denn sie verlieren dadurch viele Agitationsmöglichkeiten gegen die Sozialdemokraten.

Der geschickte Ministerpräsident Kekkonen hat eine geschmeidig formulierte Regierungserklärung abgegeben, aus der ein vorsichtiges Lavieren als die künftige taktische Methode erkennbar ist.

Wieviel Deutsche sind noch in Polen?  
-----

O.H. Über die Zahl der noch in polnischer Hand befindlichen Deutschen herrscht beträchtliche Unklarheit. Die von der alliierten Hohen Kommission für die Einwanderung nach dem Bundesgebiet freigegebenen Zahl von 25 000 Personen erfasst nur den Bruchteil an Deutschen, die Familienangehörige in Westdeutschland haben und von diesen ohne Inanspruchnahme zusätzlichen Wohnraums aufgenommen werden können. Die Betreffenden sind vom Deutschen Roten Kreuz listemässig erfasst. Weitere zahlreiche Meldungen liegen von Personen vor, die zwar auch Angehörige in Westdeutschland haben, von diesen aber aus Mangel an Wohnraum nicht aufgenommen werden können, ferner von solchen Deutschen, die hier keine Verwandte haben, aber dennoch um die Umsiedlung nach Westdeutschland nachsuchten. Diese letzte Gruppe bildet den weitaus grössten Teil der Deutschen in den polnisch verwalteten Gebieten. Insgesamt sind beim DRK etwa 100 000 Meldungen eingegangen.

Diese 100 000 Meldungen umfassen nicht alle in polnischer Hand verbliebenen Deutschen. In der von der britischen Regierung am 6. März an Polen gerichteten Note wird die Zahl der zu erwartenden Umsiedler mit 180 000 angenommen. Diese Zahl entspricht auch der Schätzung des Roten Kreuzes. Von polnischer Seite wurden keine Angaben über die Zahl der Umsiedler gemacht. Lediglich aus der sowjetischen Besatzungszone, wohin Polen die Deutschen abschieben will, wird eine Zahl von 45 000 bis 50 000 Personen bekannt. Aus dem für die Deutschenstatistik gewiss nicht zuverlässigen polnischen statistischen Jahrbuch lässt sich jedoch für Ende 1947 noch eine Zahl von 152 000 Deutschen in Polen und den polnisch verwalteten Gebieten errechnen. Eine genaue Berechnung unter Hinzuziehung der Ergebnisse der deutschen Volkszählung vom Oktober 1946, der Zahlen des polnischen statistischen Jahrbuches, der Gesamtzahl der Deut.

schen in Polen oder im Oder-Weisse-Gebiet bis 1945 sowie der eingetretenen Menschenverluste ergibt dagegen, dass sich noch mindestens 368 500 Deutsche in polnischem Gewahrsam befinden müssen.

Eine Erklärung für den grossen Zahlenunterschied ist in der Optionspolitik der polnischen Regierung zu suchen. Lagten doch allein bis Februar 1946 bei den polnischen Behörden 414 400 Anträge auf Option vor; eine Zahl, die mit behördlichem Nachdruck später bestimmt noch bedeutend gestiegen ist.

Was Polen mit der im Gange befindlichen Umsiedlungsaktion, insbesondere mit der Art ihrer Durchführung erreichen will, liegt klar auf der Hand: mit der Abschiebung von 45 000 bis 50 000 Menschen will man den Anschein erwecken, als habe man alle Deutschen ausgesiedelt, um die übrigen als billige, weil rechtlose Arbeitskräfte weiter zurückbehalten zu können.

- o - o - o - o -

Hastings "ohne Ergebnis?"

sp. Das Ergebnis der Comisco-Tagung in Hastings mag den flüchtigen und politisch voreingenommenen Beobachter enttäuschen. Aber man muß bedenken, dass es sich zum Thema Saar bei der Konferenz in Hastings um eine informatorische, vorbereitende Sitzung für die grosse Kopenhagener Tagung handelte, also um eine Zusammenkunft, die zu endgültigen Beschlüssen garnicht kommen konnte.

Es hat sich ergeben, dass nach der polemischen Eröffnung der Saar-debatte durch Dr. Hans Braun, den saarländischen Innenminister (die übrigens vom Verhandlungsleiter Morgen Philips mit dem Bemerkens "Zur Sache" sehr bald unterbrochen wurde), alle nachfolgenden Redner den bekannten französischen Standpunkt sehr kritisch beurteilten. Die Vertreter der Labour Party enthielten sich einer Stellungnahme.

Auch die Besetzung des Unterausschusses durch Vertreter Belgiens, Hollands und der Schweiz mit der Aufgabe, einen eingehenden Bericht auszuarbeiten, den die betroffenen Parteien Frankreichs, der Saar und Deutschlands vor der Übergabe an die Kopenhagener Comisco-Tagung überprüfen und kommentieren sollen, wird optimistisch beurteilt.

Die Kommentierung dieses Ergebnisses in der bürgerlichen deutschen Presse, Sozialisten vermöchten sich nicht zu einigen, während z.B. christliche Politiker verschiedener Nationen einander ständig näherkämen, ist völlig unangebracht. Zunächst gibt es kaum praktische Probleme der christlichen Tagespolitik, über die eine internationale Verständigung nötig wäre. In praktischen Fragen der "nationalen Belange" ist zwischen den christlichen Regierungen Europas bisher in keinem Punkt eine Einigung erzielt worden, am allerwenigsten in der Saarfrage. Für die Sozialisten aber wird Kopenhagen erst die Antwort geben können.

-o-o-o-

Verantwortlich: Peter Raunau